

26. Juni 2013

Postulat

von Simon Kälin (Grüne)
und Andreas Edelmann (SP)
und 39. Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Zürcher Wasserversorgung dem Netzwerk „Aqua Publica Europea“ beitreten und sich aktiv am partnerschaftlichen Wissenstransfer und der Kooperation mit öffentlich-rechtlichen Wasserversorgern Europas beteiligen kann.

Begründung:

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen erklärte das Jahr 2013 zum Internationalen Jahr der Wasserkooperation. Dem Schweizer Modell der öffentlichen Wasserversorgung kommt international ein Vorbildcharakter in Sachen Effizienz und demokratischer Kontrolle zu und die Stadt Zürich hat zweifellos eine der weltweit besten Wasserversorgungen. Eine öffentliche Wasserversorgung ist der beste Weg, den Zugang zu qualitativ hochwertigem Trinkwasser für alle sowie eine effiziente Wasser-Infrastruktur kostengünstig zu gewährleisten.

Aqua Publica Europea (s. Internet: www.aquapublica.eu) vernetzt öffentlich-rechtliche Unternehmen Europas im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und hat zum Ziel, das Erfolgsmodell der öffentlichen Wasserversorgung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation in der Form von Public-public-Partnerships zu fördern und zu stärken. Das Netzwerk ist als internationale Gesellschaft nach belgischem Recht organisiert. Mit dem Beitritt der Zürcher Wasserversorgung könnte ein vorbildlich geführter, traditionell öffentlich-rechtlicher Schweizer Wasserversorger sein Wissen zum Nutzen aller aktiv einbringen und ein Zeichen setzen für Public-public-Partnerships in Europa. Zu den Gründungsmitgliedern gehört neben anderen auch Eau de Genève – les Services Industriels de Genève (SIG).

Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise sollen Staaten in Südeuropa neben massiven Sparmassnahmen im öffentlichen Sektor weitreichende Privatisierungen vornehmen. So steht in Portugal, Griechenland, Italien sowie weiteren Staaten der Verkauf oder Teilverkauf kommunaler Wasserversorgungen an private Investoren zur Debatte. Dagegen setzen sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der europäischen Union mit der ersten europäischen Bürgerinitiative „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ zur Wehr. Die Europäische Kommission wird dazu aufgefordert, allen Mitgliedstaaten verbindliche Ziele für die Anerkennung und Umsetzung des universellen Rechts auf Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu setzen. Die Wasserwirtschaft soll von der Liberalisierungsagenda ausgeschlossen werden: Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sollen gemeinwohlorientiert erfolgen. Bereits haben mehr als 1'450'000 Bürgerinnen und Bürger Europas die Initiative unterzeichnet (s. Internet: www.right2water.eu/de).

Britische Wasserwerke wurden unter Margaret Thatcher an Privatinvestoren verkauft. Als Folge davon wurde Trinkwasser teurer und qualitativ schlechter: Investitionen ins Leitungsnetz wurden zugunsten einer kurzfristigen Renditenmaximierung vernachlässigt.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit GR Nr. 2013/98.

A. Re...
C. K...
Kälin
Edelmann
H. U...
Simon Kälin
R. P...
...

H.U. von Natt

A. B-

S. Lecker

~~P. Lamprecht~~

Christinathg

V. K.

F. L. W.

S. Brauner

M. Güllert

A. Hochwarter

Udas Fieding
Euerk Fied

Peter Altner

H. J. Sch

Beckh

Mummen

Antonia

B. P. Pille

Klatte

N. W. W.

A. Kintze

W. M.

[Signature]

Kaly Steine

M. Mächler

J. B. B.

W. W.

H. G.

[Signature]

C. Fabelmann-Philb